

Fadegrad

von
Roland ScheckDie Schande
von Zürich

Mit dem Projekt Zürich Transit Maritim hat der Stadtrat alle Grenzen überschritten. Die Chronologie der Schande liest sich wie folgt:

Durch Aufstellen eines ausrangierten Hafenkranes als Kunstobjekt wurden die hart arbeitenden Steuerzahler regelrecht verhöhnt. Um eine Volksabstimmung zu verzögern, wurde die Demokratie mit formaljuristischen Tricks ausgehebelt. In offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft wurde der 90 Tonnen schwere Hafenkran über eine Distanz von mehr als 1000 Kilometern nach Zürich transportiert. Der Stadtrat ignorierte eine Laboranalyse, welche ergab, dass der Schutzanstrich des über der Limmat aufgestellten Hafenkranes toxische Substanzen enthält. Und der Stadtrat ignorierte ausserdem, dass am Hafenkran nicht nur Gift, sondern auch Blut klebt. Mit exakt diesem Hafenkran wurden zu Zeiten des DDR-Regimes Schiffe mit Kalaschnikows, Minen und Raketen beladen, die anschliessend als geheime Waffenexporte in Kriegsgebiete verschifft wurden.

Die Liste der Schande geht aber noch weiter: Die Eberswalder Kranbaufirma, welche den Hafenkran konstruiert hat, zog aus beiden Weltkriegen enorme Profite. Im ersten Weltkrieg produzierte der damalige Rüstungsbetrieb Giftgas- und konventionelle Granaten. In der nationalsozialistischen Zeit entwickelte sich die Firma zu einer bedeutenden Waffenschmiede für den Führer. Die Ardelet-Brüder, welche das Unternehmen leiteten, waren Mitglieder der NSDAP. Zur Produktionssteigerung wurden in den Werken Insassen von Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen eingesetzt.

Ein Produkt dieser Firma hat der Stadtrat nach Zürich geholt. Mit dem Produkt dieser Firma will der Stadtrat seine Weltoffenheit kundtun. Mit diesem Produkt wirbt er in aller Welt für die Stadt Zürich.

Den Steuerzahler verhöhnt, die Demokratie mit Füssen getreten, Kriegsmaterialproduktion, Waffenexporte und KZ-Zwangsarbeiter. Mit lapidaren Ausflüchten wie «was kann der Kran dafür?» ist es längst nicht mehr getan. Einfach zudecken lässt sich nicht mehr, was geschehen ist. Der Stadtrat hat mit seinem Projekt Zürich Transit Maritim Schande über die Stadt Zürich gebracht.

Mit Winkelzügen hat der Stadtrat den Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» bis heute verhindert. Der Grund ist klar: Die Zürcher Bevölkerung darf nicht erfahren, von welcher Gesinnung ihre Regierung und die links-grün-grünliberale Mehrheit des Parlaments ist. Wer sich so verhält, der hat etwas zu verbergen. Das ist die übliche Verhaltensweise von Leuten, die jegliches Mass und den Respekt vor anderen Menschen verloren haben.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Die Bevorzugung des Velos kennt keine Grenzen

Der Fokus unserer Gegner liegt einseitig auf der Priorisierung des Velos und Verhinderung des motorisierten Individualverkehrs (MIV)

Nina Fehr Düsel
Gemeinderätin SVP
Zürich Kreis 7/8

So war in der letzten Ratssitzung die geplante Velostation am Bahnhof Stadelhofen das Thema, ausserdem die Velohaupttroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach und die gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation Oerlikon Ost, die Verbindungen über das Gleisfeld für Fussgänger sowie Velofahrende zwischen Hardbrücke und dem Hautbahnhof sowie die Verbreiterung der Langstrassenunterführung für Velofahrende und Fussgänger. Hier hielt Gemeinderat Roland Scheck unsere Ablehnungsanträge. Dies alles notabene in einer einzigen Gemeinderatsdebatte.

Obwohl das Velo lediglich ein eingeschränktes Binnenverkehrsmittel ist, welches nur von einem begrenzten Bevölkerungskreis genutzt wird, soll es gemäss städtischen Masterplänen alle Verkehrs- und Umweltprobleme lösen. Man soll sich beispielsweise einmal vorstellen, wie das Gewerbe Grosstransporte per Velo anliefern und ausliefern soll. Insbesondere die Wirtschaft und das Gewerbe sind auf einen fließenden Autoverkehr und die nötigen Transportachsen angewiesen. Dennoch liefert die Stadt dem MIV einen ver-

bitterten Kampf, was sich in unzähligen Spurabbauten und Verkehrsverengungen zeigt. Das Velo wiederum wird aus ideologischen Gesichtspunkten unverhältnismässig bevorzugt. So häufen sich die städtischen Vorlagen zu Velohaupttrouten, Velostationen und Verbreiterungen für Velowege, wie kürzlich auch im Parlament, wogegen der städtische Parkplatzabbau der Dauerbrenner ist und bleibt.

Dieser unverhältnismässigen rotgrünen Schwerpunkt- und Verhinderungspolitik gilt es entgegenzuhalten. Zusammen mit der FDP und allenfalls CVP bemühen wir uns, im Parlament Mehrheiten zu gewinnen. Natürlich ist dies nicht einfach, doch mit Textänderungsanträgen und geschickten Verhandlungen können wir immer wieder versuchen, diese ideologische Verkehrspolitik zu verhindern.

Velowege und flächendeckend Tempo 30

Oft setzt sich die Linke zum Hauptziel, den MIV in der Stadt Zürich in die Schranken zu weisen, Velos auf alle Arten zu priorisieren und für den MIV deutlich mehr Tempo-30-Zonen zu schaffen. Begründet wird dies jeweils damit, dass derart in der Stadt der Lärmschutz verbessert werde.

Zusätzlich darf in den Begegnungszonen nur noch 20 km/h gefahren werden und die Fussgänger haben Vorrecht vor den Autos.

Wahlveranstaltung der SVP 6+10
am Montag, 26. Januar

Gerne laden wir Sie ein zu unserer Wahlveranstaltung im Restaurant Linde Oberstrass: Die Kantonsratskandidaten der SVP 6 und 10 stellen sich Ihren Fragen. Kantonsrat Bruno Amacker referiert zum Thema «Wohnen im Alter».

Restaurant Linde Oberstrass (Lindensaal), Universitätsstrasse 91, 8006 Zürich.

Beginn der Veranstaltung: 19.30 Uhr. Anschliessend Apéro.

Wir freuen uns auf eine zahlreiche Teilnahme.

LESERBRIEF

Neues Gemeindegesetz will fremdes Recht einführen

(Gemeindegesetz Finanzteil «Zürcher Bote» vom 9. Januar 2015)

Beim «Neuen Gemeindegesetz» handelt es sich um eine eigentliche Totalrevision, bei der «kein Stein auf dem anderen bleibt». Gesetzliche Regelungen – wie wir sie bisher gekannt haben – werden abgeschafft, unabhängig davon, ob sie sich bewährt haben oder nicht. Ein transparenter Vergleich zwischen altem und neuem Recht wurde so verunmöglicht.

Die neuartigen Gesetzesformulierungen sind uns fremd, weil sie aus dem Ausland stammen. So wären die Gemeinden gezwungen, ihre Buchhaltung nach komplizierten und aufwändigen internationalen Richtlinien (IPSAS) zu führen, die mit ihrer neoliberalen Profitorientierung den Grundsätzen des Schweizerischen Obligationenrechts mit Vorsichtsprinzip und Gläubigerschutz widersprechen. Das Gesetz würde eine Gängelung der Gemeinden durch den Kanton, Zentralisierung, Gleichmacherei und Machtkonzentration bei Exekutive und einer aufgeblähten Verwaltungsbürokratie, verbun-

den mit einer Schwächung der Legislative, des Einflusses der politischen Parteien und des Stimmbürgers bringen. Die Gewaltenteilung wäre nicht mehr gewährleistet.

Die direktdemokratische Mitbestimmung würde abgebaut oder unterlaufen, wenn die vom Volk gewählten Schulpflegen abgeschafft oder zu blossen Kommissionen herabgestuft oder Gemeindeaufgaben an in- und ausländische Firmen und Konzerne vergeben würden, mit denen die überforderten Gemeinden einen Public-Private-Partnership (PPP)-Vertrag eingehen könnten, bei dem demokratische Mitbestimmungsrechte ausgeschlossen sind. Diese Tendenzen stellen einen Rückschritt in die Zeit des Obrigkeitsstaates dar.

Das Neue Gemeindegesetz steht im Gegensatz zum Volkswillen. Gemäss der UNIVOX IIB-Umfrage möchten 58 Prozent der Bürger die direkte Demokratie beibehalten, 25 Prozent möchten sie noch weiter ausbauen und weniger als 10 Prozent möchten sie einschränken.

Peter Aebersold, Zürich

WAHLKAMPF

Standaktion mit Dreiradmobil
in Zürich 11/12

Eine ausserordentlich motivierte Truppe der SVP Zürich 11/12 führte am Samstag, den 17.01.2015 eine Standaktion mit dem SVP-Dreiradmobil durch, auf dem Marktplatz Oerlikon. Es galt insbesondere dem garstigen und nasskalten Wetter zu trotzen, deshalb war der Marktplatz in Oerlikon auch nicht mit den gewünschten Besucherzahlen

gesegnet. Und doch, unser Standteam freute sich auf regen Besuch, wärmenden Kaffeeausschank, und insbesondere das Dreirad erweckte viel Aufmerksamkeit, Interesse und Sympathie. Unsere Botschaft war einerseits «Sicherheit und Stabilität statt Masslosigkeit»; andererseits «die SVP ist da, mit Wind- und Wetterresistenz».



Für das SVP Zürich 11/12-Team: stehend von links: Bernhard im Oberdorf, Bruno Wohler, Walter Friedli; kniend von links: Martin Götzl, Olivier Kessler; Vorne liegend: Standbegleiter «Wachhund Willy».

LESERBRIEF

Bravo SNB – Chapeau Herr Jordan!

Bei seiner Einführung wurde der Euro enthusiastisch als stabile Währung gefeiert. Inzwischen dürfte diese Euphorie einer Depression gewichen sein. Um unsere Exporte in die EU nicht zu gefährden, hatte die Schweizerische Nationalbank (SNB) den Kurs des Euros gestützt, indem sie in Etappen fast eine halbe Billion Euros kaufte. Diese Euros wird sie aber ohne happige Verluste niemals je wieder loswerden. Mit Geld, das eigentlich gar nicht vorhanden ist, will die Europäische Zentralbank den Kauf von Staatspapieren pleitebedrohter EU-Länder finanzieren. Sogar finanzpolitischen Laien dürfte klar sein, dass diese Massnahme den Euro weiter schwächen wird. Der Präsident der SNB, Thomas Jordan, hatte also eine schwierige Wahl. Kauft er

weiterhin immer schwächer werden die Euros, stützt er zwar zu einem horrenden Preis unsere Exporte in die EU. Gibt er dagegen den Wechselkurs frei, ist dies zwar bitter, aber besser als den Euro ad infinitum zu unterstützen. Dem Tourismus und den Wirtschaftszweigen, die vom Export abhängen, sollte jedoch temporär geholfen werden. Zum Beispiel mit Exportprämien, und/oder mit Steuernachlässen. Diese Mittel zu kompensieren wäre relativ einfach: Substantielle Kürzungen im Asylwesen, der Entwicklungshilfe und in anderen, aufgeblähten «Geschäftsbereichen» der öffentlichen Hand. Dann könnten wir dem weiteren Kurszerfall des Euros gelassen entgegensehen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

SVP - Politik zum Mitmachen

Ihre SVP Zürich-Schwamendingen lädt Sie zur

traditionellen Lichtmess ein

- ▶ offerierte Getränke & Würste zum Selberbräteln
- ▶ „Offenes Mikrofon“
- ▶ musikalische Untermalung

mit unseren SVP-Regierungsräten

Markus Kägi und Ernst Stocker



Samstag, 31. Januar 2015, 14:30 - 16:30 Uhr

Aussichtspunkt Waldrand „Ziegelhöhi“

Hüttenkopfstrasse (oberhalb Restaurant „Ziegelhütte“), Zürich

www.svp-schwamendingen.ch
Einstehen für unser Schwamendingen

